

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 4

Artikel: Schweizerische Wirtschaftsperspektiven
Autor: Gertsch, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332434>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Wirtschaftsperspektiven

Von Hans Gertsch.

Seit dem Frühjahr 1935 etwa ist die Ungewißheit um das Schicksal der drei noch verbleibenden echten Goldwährungen, des französischen, des schweizerischen Frankens und des Hollandguldens, niemals ganz beseitigt worden. Auf Perioden stürmischer Angriffe folgen relative Ruhepausen, ohne daß ein Ende dieses Kampfes um die Behauptung des gegenwärtigen Goldwertes dieser drei Währungen abzusehen wäre. Die englische Finanzpresse hält ihr endgültiges Schicksal für ausgemacht. Sie wird nicht müde, die »eindeutigen Vorteile« der Abwertung auszumalen, und richtet die kaum verhüllte Einladung an die drei letzten Goldländer, sich aus ihrer »glänzenden Isolierung« herauszuheben, um durch eine Abwertung den Anschluß an den britischen Währungsblock herzustellen. Wichtiger aber ist, daß zweifellos in keinem der drei Goldländer die Bevölkerung selbst die absolute Gewißheit hat, ihre Währung werde die nächsten Jahre unerschüttert überstehen. Das Mißtrauen gegen die eigene Währung ist da und übt seine bösen Wirkungen. War zeitweise Frankreich und dann Holland besonders im Kreuzfeuer sowohl der ausländischen Spekulation als auch des Mißtrauens des inländischen Kapitals, so ist gegenwärtig die Schweiz ein besonders beliebtes Objekt der Börsengerüchte und Manöver. Daß dem so ist, dafür trägt neben manchem anderen unzweifelhaft die Tatsache die Hauptschuld, daß die Schweiz wirtschaftspolitisch völlig kurslos erscheint. Niemand weiß im Grunde, welchen Weg die obersten Landesbehörden gehen wollen, welches die Haltung der bürgerlichen Mehrheitsparteien zu den grundlegenden Wirtschaftsfragen des Landes ist. Auf dem Boden solcher Ungewißheit und Unsicherheit gedeihen Mißtrauen und Manöver vortrefflich — zum Schaden des Landes.

Unbestreitbar liegt Mißtrauen und Manövern ein sehr greifbarer Tatbestand zugrunde: das Auseinanderklaffen des schweizerischen und des Weltpreisniveaus. Setzen wir das Vorkriegspreisniveau des Großhandels etwa in England und der Schweiz je mit 100 an, so ergibt sich, daß im August dieses Jahres das englische Preisniveau auf 93 in entwerteten Pfund, auf Goldbasis aber auf 56, gesenkt worden war, das schweizerische Preisniveau aber bloß auf 91,4 in vollwertigen Franken. Natürlich liegt in einem solchen Vergleich Willkür. Kein Preisniveau darf bei der jetzigen Gestaltung der Weltwirtschaft den unbestreitbaren Anspruch erheben, als Weltpreisniveau zu gelten. Das englische Preisniveau aber hat zumindest den weitestreichenden Geltungsbereich. Wir müssen ferner die — vermutlich nicht unberechtigte — Annahme treffen, daß die Vorkriegspreisniveaus in einem »normalen« Verhältnis zueinander standen.

Diese Preisspannung ist die Grundlage, auf der sich das Gebäude des Mißtrauens und der Spekulation erhebt. Der etwa 40prozentige Unterschied der englischen und der schweizerischen Großhandelspreise

ist für die Schweiz genau das gleiche Problem wie der etwa 30prozentige Unterschied der holländischen und der englischen Preise für Holland. Es gibt verschiedene Antworten auf diese Frage. Sie führen zu verschiedenen wirtschaftspolitischen Systemen, die sowohl vom Standpunkt der werktätigen Bevölkerung als auch von dem der Gesamtwirtschaft verschieden zu bewerten sind. Die schlimmste aller möglichen Antworten ist das geheimnisvolle Schweigen des Bundesrates, das seine Ratlosigkeit nur dürftig verhüllt.

Wir kennen das Rezept der Exportunternehmer: es ist die Deflationspolitik, die diese Preisdifferenz durch Preis- und Lohnabbau beseitigen oder zumindest auf ein ganz geringes Ausmaß herabsetzen will. Aber es genügt, sich die Zahlen, die wir oben angegeben haben, vor Augen zu halten, um die praktische Unmöglichkeit dieses Beginns zu erkennen. *Ein Deflationsprozeß, der irgendwo in der Gegend eines 40prozentigen Abbaues der Preise und Löhne endigen soll, ist im Bereich der Demokratie undurchführbar. Da würden nicht einmal die vom Bundesrat verlangten Vollmachten ausreichen. Dafür braucht man die Aufhebung der Demokratie, die Knebelung der Presse und der gegnerischen Organisationen.*

Dabei ist gar nicht ausgemacht, daß sich die Opposition gegen so radikale Abbaupläne nur auf Arbeiter und Schuldenbauern beschränken würde. Soll eine Deflationspolitik von solchem Ausmaß nicht zu beispiellosem Chaos und Elend führen, so muß sie zumindest allseitig und allumfassend sein. Sie muß alle Kosten der Produktion gleichmäßig oder annähernd gleichmäßig herabsetzen. Um zu den Produktionskosten, die da in Betracht fallen, gehören in erster Linie Schuldzinsen, Miete und Pacht. Eine ernsthafte Deflationspolitik müßte gerade diese »toten Lasten« der Produktion unter allen Umständen erfassen. Glaubt irgend jemand, daß sich das schweizerische Bürgertum eine so »bolschewistische« Einmischung des Staates in Privatrechtsverträge gefallen lassen wird? Schon die unvergleichlich vorsichtiger und maßvolle Deflationspolitik Lavals hat im Besitzbürgertum und bei den Bauern Frankreichs so heftige Widerstände gefunden, daß der französische Großhandelsindex in der »Deflationsperiode« seit Juli um 11 Punkte *gestiegen* ist! Das Bürgertum in der Schweiz würde sich noch ganz anders zur Wehre setzen, mit dem Ergebnis, daß aus der allgemeinen, schlagartigen Deflation, für die sich *theoretisch* zumindest einiges sagen ließe, praktisch die einseitige Abwälzung der Krisenlast auf die Schultern der Arbeiter, Angestellten und Schuldenbauern würde! Die katastrophalen Wirkungen eines solchen »Sanierungsversuches« sind zu bekannt, als daß wir sie ausmalen müßten.

Die zweite, in der Welt derzeit sehr populäre Methode, eine solche Preisspannung zu beseitigen, wäre die Abwertung des Schweizerfrankens. Es ist ja gerade die Wahrscheinlichkeit dieses Ausweges, die die Zurückhaltung des schweizerischen Kapitals gegenüber lang- oder auch nur mittelfristigen Anlagen bewirkt. Wer fürchtet, daß ihm die Abwertung um einen erheblichen Teil seines Geldes bringen wird, ist durch keinen vernünftigen Zinssatz aus seiner Zurückhaltung heraus-

zulocken. Um einen erheblichen Teil des Guthabens müßte es sich in der Tat handeln. Soll die Abwertung die Unruhe ein für allemal aus der Welt schaffen, könnte sie nicht allzuweit von dem Ausmaß der Differenz entfernt sein, die gegenwärtig zwischen Pfund- und Frankenpreisen besteht.

Die Abwertung ist unzweifelhaft gegenwärtig, gerade infolge der Unklarheit um die Absichten des Bundeshauses, im Begriffe, Anhänger zu gewinnen. Die wirtschaftliche Situation der Länder des Pfundblocks, verglichen mit der in den Goldländern, ist in der Tat eine eindrucksvolle Einladung, dem englischen Beispiel zu folgen. Dort die Befreiung von dem Druck des Preisabbaues und des Preisniederganges — hier im besten Fall stabile Preise mit der ständigen Furcht vor dem drohenden Preiszusammenbruch. Dort ansteigende Produktionsziffern, die das Niveau von 1929 erreichen oder — besonders deutlich im Falle Schwedens — überschreiten, hier ständige Einschränkungen der Produktion. Dort Rückgang der Arbeitslosigkeit bis zu ihrem praktischen Verschwinden — wiederum besonders eindrucksvoll im Falle Schwedens — hier wachsende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Elend. Dort reichliches und billiges Kapitalangebot, von dem die stärkste Anregung für neue Investitionen ausgeht — hier versagende Kapitalmärkte, die jede wirksame Krisenbekämpfung verhindern. Dort ausgeglichene Budgets und rückläufige Ausgaben für Arbeitslosigkeit und soziale Fürsorge — hier unverstopfbare Löcher im Budget und dazu ständig wachsende Anforderungen an die sozialen Institutionen.

Wer sich auf einen solchen Vergleich beschränkt, um den Schluß zu ziehen, die Devaluation sei der einzige mögliche Ausweg aus den unentwirrbar scheinenden Schwierigkeiten der Goldländer, macht sich seine Argumentation freilich sehr leicht.

Er übersieht vor allem, daß die englische Devaluation in einen Zeitpunkt fallender Rohstoff- und Fabrikatspreise fiel, also eine Art Ausgleichswirkung zum Preissturz übte. Heute aber sind recht deutliche Anzeichen dafür da, daß die aufsteigende Preistendenz auf den Weltmärkten, wenn auch vielleicht mit gewissen Rückschlägen, weitergehen dürfte. *Ein Land, das jetzt devalviert, läuft also Gefahr, einem doppelten Preisauftrieb ausgesetzt zu werden: den Wirkungen der Devaluation und zugleich der Preissteigerung auf den Weltmärkten.*

Man übersieht, daß nicht wenig von den günstigen Wirkungen der Devaluation auf die Wiedergutmachung der Schäden der vorangegangenen Deflation zurückzuführen ist, also einen »Reflationsprozeß« bildet, wie man das in der an Neubildungen so reichen Wirtschaftssprache der Nachkriegszeit ausdrückt. Vor allem handelt es sich dabei um die Auflösung der vom Zwischenhandel in der Abbauperiode aufgesogenen Preisdifferenzen: der Rückgang der für die Produktion entscheidenden Großhandelspreise ist in der Deflation stets größer als der der Kleinhandelspreise, die für die Gestaltung der Lebenskosten ausschlaggebend sind. Indem die Devaluation die Großhandelspreise rascher ansteigen läßt als die Kleinhandelspreise, wird die Preisspanne, die der Zwischenhandel an sich gezogen hat, wieder auf ein gesundes

Maß herabgesetzt. In der Schweiz ist von solchen Erscheinungen noch sehr wenig zu sehen gewesen, die günstige Wirkung der »Reflation« würde sich also gleichfalls nur in geringem Maße einstellen.

Schließlich darf man aber auch nicht übersehen, daß für manche besonders der letzten Devaluationen das Schlußurteil noch nicht gesprochen ist. Wie sich beispielsweise die belgische Devaluation schließlich auswirken wird, werden wir — nach dem Urteil der belgischen Devaluationisten selbst — erst nach einem Jahr wissen, von dem bisher nur eine Hälfte vergangen ist.

Zugegeben aber: das Problem stellt sich heute für die Schweiz gar nicht mehr so, ob die Devaluation an und für sich ein empfehlenswertes Mittel der Wirtschaftspolitik ist. Es geht heute darum, ob die Schweiz mit zwei weiteren — übrigens nicht ganz zuverlässigen — Bundesgenossen, die ihre Bundespflicht gar nicht erkennen, also nahezu allein sich dem Kreislauf der Devaluation entziehen kann, der die Erde umlaufen hat. Für die orthodoxe Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die Devaluation — zugegebenermaßen mit guten Gründen — ein verwerfliches Mittel der Wirtschaftspolitik. Wann aber hat die Weltwirtschaft bisher solche Preisdifferenzen gekannt? Die klassischen Methoden der Wirtschaftspolitik waren zugeschnitten auf Differenzen von winzigem Ausmaß, die der normale Mechanismus der Goldwährung aus sich selbst heraus, ohne unerträglich schmerzhaft und langwierige Anpassungsprozesse überwand. Heute aber handelt es sich um ganz andere Ausmaße, ganz andere Differenzen und noch dazu in einer Weltwirtschaft, in der der Ausgleichsmechanismus der Goldwährung bewußt für den weitaus größten Teil der Weltwirtschaft ausgeschaltet ist. Problemen dieser Natur mit den alten Werkzeugen zu Leibe rücken wollen — das kommt im Grunde dem Kampf zwischen einer Vorkriegsarmee und einem mit den modernsten technischen Methoden der Kriegführung ausgerüsteten Gegner gleich.

Wir geben offen zu: wenn der abenteuerliche Versuch unternommen werden sollte, durch langwierige und zweifellos ungleichmäßige Abbaumaßnahmen die Anpassung der Schweiz an die — leider gar nicht vorhandene — Weltwirtschaft zu vollziehen, dann würde die Anhängerzahl der Devaluation in der Schweiz gewaltig anwachsen und ihre Stoßkraft über kurz oder lang unwiderstehlich werden. Es wäre den Anhängern der Deflation dann wahrlich nicht leicht, ihren Standpunkt vor den werktätigen Massen zu vertreten.

Radikale Deflationisten und Devaluationisten gehen im Grunde von einer gemeinsamen Anschauung aus: daß die Preisdifferenz, die heute die Schweiz von den ausschlaggebenden Wirtschaftsmächten der Erde trennt, zumindest weitgehend beseitigt werden müsse. In der Tat: auf die Dauer ist der heutige Zustand nicht aufrechtzuerhalten, wenn die Schweiz nicht zu staatssozialistischen Formen des Außenhandels übergeht. Aber es läßt sich mit sehr guten Gründen die Meinung vertreten, daß der gegenwärtige Zeitpunkt nicht gerade für endgültige Festlegungen geeignet ist.

Anpassung oder, wenn man dieses mit Recht verfeimte Wort ver-

meiden will, Anschluß an die Weltwirtschaft ist sinnvoll nur dann denkbar, wenn es so etwas wie eine halbwegs stabile Weltwirtschaft überhaupt gibt. Davon sind wir aber heute nicht viel weniger weit entfernt als vor zwei oder drei Jahren.

Wir sagen ausdrücklich: nicht viel weniger weit entfernt. *Ein* wichtiger, grundsätzlicher Fortschritt ist in der Tat zu verzeichnen. Bis vor etwa einem Jahr war es umstritten, ob die beiden größten Wirtschaftsmächte der Erde, Großbritannien und die USA., überhaupt jemals wieder zu einem allen Ländern mehr oder weniger gemeinsamen Rechnungsausmaß der Wirtschaft, zu einer gemeinsamen Währungsgrundlage zurückkehren wollten. In Großbritannien sprach man von einer manipulierten Währung, in den USA. vom »Commodity-Dollar«, was im Grunde auf das gleiche hinauskam: eine selbständige, nicht durch gemeinsame Rechnungsgrundlage und gemeinsame Regeln der Handhabung mit den andern Ländern verbundene, sondern nach besonderen, nationalen Gesichtspunkten manipulierte Währung. Heute sind wir wenigstens so weit, daß der Grundsatz der *Rückkehr zur Goldwährung*, praktisch die einzig mögliche internationale Währung, so ziemlich allseitig anerkannt ist.

So erfreulich diese Tatsache ist, praktisch reicht sie für uns nicht aus. Von einer international vereinbarten oder auch nur tatsächlichen Stabilisierung der Währungen — Grundvoraussetzung eines Wiederaufbaues der Weltwirtschaft — ist heute keine Rede.

Deflation und Devaluation riskieren unter solchen Umständen, in einen Wettlauf mit sinkenden Währungen hineingezogen zu werden, den sich das große Wirtschaftsgebiet des Pfundblocks vielleicht leisten kann, bei dem aber die kleine, wirtschaftlich schwache Schweiz auf der Strecke bliebe. Jeder kaum hergestellte Ausgleich kann in kürzester Frist über den Haufen geworfen werden. Die schweizerische Wirtschaftspolitik würde im Grunde aus der gegenwärtigen Unsicherheit nur in eine andere hineingerissen werden.

Diese Unsicherheit wird noch erhöht durch die Ungewißheit der internationalen Preisentwicklung. Die aufsteigende Preisbewegung ist im September und in einem Teil des Monats Oktober sehr deutlich gewesen. Der englische Großhandelsindex ist im September allein um drei Punkte auf 96 gestiegen, der amerikanische Index von 113,8 auf 115,3. Zwar ist dann ein leichter Rückschlag eingetreten, aber die meisten Wirtschaftsfachleute sind darin einig, daß ein weiterer Preisanstieg wahrscheinlich ist. Für die Vereinigten Staaten kann festgestellt werden, daß dort alle Voraussetzungen einer gewaltigen Kreditinflation und Hausse bestehen, die, wenn sie nicht rechtzeitig gezügelt werden sollte, zu einer neuen verschärften Krise Anlaß geben könnte.

Das Preisniveau, an das sich nach den Wünschen der Deflationisten wie der Devaluationisten die Schweiz anzugleichen hätte, ist doppelt unbestimmt. Wir können weder mit irgendeinem vernünftigen Grad der Wahrscheinlichkeit die bevorstehende Bewegung der Kurse der wichtigsten Devisen voraussehen noch die der Preise auf den großen Märkten.

Es ist also begreiflich, wenn man in einer derartigen Situation einer endgültigen Festlegung des schweizerischen Wirtschaftskurses ausweicht, die schon in kurzer Zeit von Ereignissen, auf die die Schweiz keinerlei Einfluß hätte, überholt zu werden droht. Es ist verständlich, wenn man abzuwarten, Zeit zu gewinnen bestrebt ist.

Allein, solche Politik darf nicht in Rat- und Tatlosigkeit ausarten. Die unmittelbarsten Notwendigkeiten müssen erfaßt und erfüllt werden.

Abwarten heißt praktisch, die schweizerische Volkswirtschaft von störenden oder sie belastenden Einflüssen aus dem Ausland möglichst schützen und isolieren. Ansätze dazu waren schon bisher das Wesensmerkmal der schweizerischen Wirtschaftspolitik, soweit ein eindeutiger Kurs sichtbar wurde. Wenn diese Politik fortgesetzt werden soll, muß sie aber auch mit vollster und unerbittlicher Folgerichtigkeit getrieben werden.

Das bedeutet, wirtschaftlich gesehen, zweierlei:

Die Organisation des schweizerischen Außenhandels muß bewußt in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden: Ausbau des Kompen-sationsverkehrs bis zum letztmöglichen Maß; Wegsteuerung aller Uebergewinne, die dem Preisschutz der Inlandserzeugnisse zu verdanken sind. Damit wären einerseits Mittel gewonnen, die den schweizerischen Export unterstützen helfen, anderseits ergäbe sich die Möglichkeit, dem Konsumenten die Last der Preisstützungen, die er gegenwärtig tragen muß, zu erleichtern. Das Ausmaß der auf diese Weise gewonnenen Mittel darf nicht unterschätzt werden: die Gewinne aus dem Import entsprechen der Preisspanne, die die Schweiz von den großen Märkten trennt. Es wäre also ohne weiteres denkbar, dem schweizerischen Produzenten angemessene Preise zu sichern und gleichzeitig das Inlandspreisniveau durch Mischpreise wesentlich abzubauen, ohne damit die Situation des schweizerischen Produzenten zu verschlechtern. Freilich: ohne Organisation des Außenhandels, ohne rücksichtslosen Angriff auf die im Schutze der Preisstützungen entstehenden Privatmonopole ginge es nicht!

Ebenso wichtig ist es aber, die innerschweizerischen Krisenherde auszuräumen. Die Politik des Durchhaltens setzt voraus, daß im Hinterland vollste Ruhe und Ordnung besteht. Das gilt vor allem den Schwierigkeiten um die Banken, um den Hypothekarkredit usw. Man darf, ohne allzu optimistisch zu sein, annehmen, die Tatsache allein, daß ein klarer wirtschaftspolitischer Kurs sichtbar würde, werde ein Stück Sanierung darstellen.

Dies um so mehr, als gleichzeitig das Inlandspreisniveau durch die Praxis der Mischpreise nicht unwesentlich gesenkt würde — ohne daß mit dieser Senkung die normalen Deflationerscheinungen verbunden sein müßten. So würde von der Schweizerseite her die Preisdifferenz gegenüber den großen Weltmärkten abgebaut werden, während die Hoffnung nicht unberechtigt erscheint, daß die Preissteigerung auf diesen Märkten ihrerseits im gleichen Sinne wirken würde. So würde — zumindest — wichtige Vorarbeit für eine Dauerlösung geleistet werden.

Zu diesen beiden wirtschaftspolitischen Voraussetzungen der Politik des Durchhaltens gesellt sich eine entscheidend wichtige politische: ohne *allseitige politische Zusammenarbeit* wäre keine Regierung stark genug, solche Aufgaben zu erfüllen. Man denke nur daran, welche riesigen Widerstände aus Interessentenkreisen sich der Organisation des Außenhandels — die keineswegs eine bürokratische sein muß — entgegenstellen, man vergegenwärtige sich die ungeheuren Schwierigkeiten der Bereinigung der Bankensituation — ohne straffe Zusammenfassung aller Kräfte, die solche Sonderinteressen niederzuwerfen bereit sind, ist das Werk undurchführbar.

Langes Zögern scheint uns die Lage nicht mehr zu erlauben, wenn man nicht von den Ereignissen überrascht werden will. Das Fehlen einer wirtschaftspolitischen Führung hat in den letzten Monaten manches stolze Gebäude im schweizerischen Wirtschaftssystem unterminiert. Richtungsloses Flickwerk bliebe hinter der Größe der gestellten Aufgabe weit zurück.

Darf man nach den Enttäuschungen der letzten Monate noch hoffen, daß der Ernst der Stunde rechtzeitig erkannt, daß die Periode der Richtungslosigkeit überwunden und die Voraussetzungen einer fruchtbaren Lösung in kürzester Frist geschaffen werden?

Migros-Duttweilers Werdegang

Von Friedrich Heeb

Der unleugbar große Wahlerfolg, den die Migros-Duttweiler-Liste bei den Nationalratswahlen vom 27. Oktober 1935 in drei Kantonen, namentlich aber im Kanton Zürich, erreicht hat, bestätigt ein neues Mal die alte Erfahrung, daß das Recht des Starken in der kapitalistischen Gesellschaft allen andern menschlichen Regeln vorangeht, und daß sich vor dem Erfolgreichen und Mächtigen gerade jene Leute zuerst ehrfurchtsvoll verneigen, die sonst nicht laut genug ihre soziale Einstellung betonen können, denen die Phrase »Einer für alle und alle für einen« bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vom Munde trieft. Seitdem Herr Gottlieb Duttweiler es mit seiner Unabhängigen Liste sozusagen über Nacht auf sieben Mandate gebracht hat, ist er der Vielumworbene und Vielgepriesene. Es fehlt nicht mehr viel, und wir bekommen in eidgenössischen Landen von allen Seiten den Ruf zu hören: Heil Duttweiler! Hat doch in der Zürcher Tonhalleversammlung, an der Herr Duttweiler sich selbst zum Nationalratskandidaten proklamierte, ein ehemaliger Hochschulprofessor, der früher zu den Vorkämpfern der Gemeinwirtschaft gehörte, pathetisch in den Saal gerufen: »Nun ist dem Schweizervolk *der* Führer erstanden!«

Dem Migros-Direktor sind freilich prominente bürgerliche Politiker schon lange vor den Nationalratswahlen um den Bart gekrochen. Die Freisinnige Partei des Kantons Zürich offerierte ihm schon im